



Verleihenpreis: Monnatspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb Incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Anfertigungsgebühr für den Raum einer halbspaltigen Zeile in Petit-Druck 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Wochensatz: Monnatspreis alle Posten halbes Jahr 10 Thlr., alle Posten halbes Jahr 10 Thlr., alle Posten halbes Jahr 10 Thlr.

Nr. 552. Mittags-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 25. November 1867.

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Breslau, 23. November.

6. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 12 1/2 Uhr. Die Tribünen sind mäßig besetzt, am Ministertisch Herr v. Sadow, später Herr v. d. Heydt.

Vor der L. D. erhält das Wort der Abg. Spangenberg: Die erste Abtheilung ist bei der Prüfung meiner Wahl von der Ansicht ausgegangen, daß ich bei der Wahl als Wahlcommissarius fungirt habe. In Folge dessen hat das Haus auf den Antrag der Abtheilung beschlossen, die Regierung aufzufordern, dafür zu sorgen, daß in Zukunft nicht mehr Wahlcandidaten zu Wahlcommissarien ernannt werden. Diefem Beschlusse liegt aber, was meine Person betrifft, eine irrthümliche factische Voraussetzung zu Grunde, da ich die Wahl nicht als Wahlcommissarius angenommen habe. Ich habe gestern sofort mit dem Referenten der 1. Abtheilung, dem Herrn Abg. v. Hennig, Rücksprache genommen, der die Sache heute zur Sprache bringen wollte. Da er das Wort aber vor der Tagesordnung nicht genommen, so halte ich mich für verpflichtet, einige nähere Erläuterungen zu geben. (Große Unruhe. Der Präsident fordert den Redner auf, sich kurz zu fassen.) Die Regierung erklärte mir vor den Wahlen, wenn ich die Absicht hätte, als Wahlcandidat aufzutreten, so würde sie jemanden andern zum Wahlcommissarius ernennen. Ich hatte damals diese Absicht nicht. Nachdem die Urwahlen stattgefunden, wurde an mich von einer Veranlassung von Wahlmännern der Antrag gestellt, ein Mandat anzunehmen. Ich habe mich dazu bereit erklärt und daraus Veranlassung genommen, die königliche Regierung um Entbindung von dem Amte des Wahlcommissarius zu ersuchen. (Große Unruhe im Hause. Der Schluß der Mittheilungen des Redners bleibt in Folge dessen absolut unverständlich.)

Abg. v. Hennig: Er habe diese Angelegenheit bei den Wahlprüfungen vorbringen wollen.

Das Haus tritt in die L. D. ein: 1) Die Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung des Staatshaushaltsgesetzes. Präsident v. Forderbed schlägt die Vorberatung im ganzen Hause vor und beauftragt zugleich, ihn zu ermächtigen, für jede einzelne Etatsgruppe bestimmte Referenten zu ernennen, welche nach Conferenz mit der Staatsregierung über die einzelnen Abschnitte Bericht zu erstatten haben sollen. Man beginne mit diesem Etat einen neuen Abschnitt der preussischen Finanzgeschichte, um so gründlicher müsse derselbe beraten werden. Eine gründliche aber und zugleich fleißige Erledigung des Etats, Beschlußfassung über das Budget vor dem 1. Jan. sei nur möglich durch Annahme seines Vorschlages.

Abg. Freih. v. Hoberbed: Ich beantrage die Ueberweisung des Staatshaushaltsgesetzes zur Vorberatung an die Budget-Commission, d. h. an diejenige Commission, welche zur Prüfung des Staatshaushaltsgesetzes gewählt worden ist. Ich bin nicht bei allen Gesetzen gegen die Vorberatung im Hause, aber ich bin dagegen, wenn es sich handelt um die allerwichtigsten, am längsten dauernden und gerade in dem Detail am genauesten zu prüfenden Punkte. Gerade beim Budget ist die Commission das einzige Mittel, um die Discussion im Hause selbst fruchtbringend zu machen. Es sind das Gründe, die für jeden Etat gelten. Aber der diesjährige Etat ist vorzugsweise der allergeringste für eine Vorberatung im Hause. Nachdem verschiedene Einzelstaatsaus unserer Hauptetat ausgegliedert sind, sind die Grenzen noch vielfach unklar, innerhalb derselben wir z. B. über den auswärtigen Etat, über die Consulate u. dgl. zu bestimmen haben. Diese Grenzen müssen klar und genau gezogen werden. Viel wichtiger noch ist die Arbeit, die finanziellen Verhältnisse der neuen Provinzen gründlich kennen zu lernen und dieselben soeben mit unserem Etat zu verschmelzen. Das ist eine Aufgabe, wie sie noch keinem preussischen Abgeordnetenhaus vorgelegen hat.

Endlich, m. H., wir sind ein neues Haus, das viele neue Mitglieder aus den alten Provinzen hat, die von der Art der Budgetbehandlung keine Vorstellung haben. Außerdem hat ja die Erfahrung bewiesen, daß sich diese Art der Vorberatung nicht empfiehlt. Vergewissern Sie sich die einzelnen Specialberatungen. Dieselben begannen gewöhnlich mit einer willkürlichen Darlegung seitens eines Regierungskommissars. Aber die Zahlen, die von demselben gebrüt wurden, konnten unmöglich so leicht aufgefassen werden, um darauf Anträge zu basiren. Jeder Punkt aber, der im Unklaren gelassen wird, kann der Landesvertretung nur zum Schaden gereichen. Was die Nothwendigkeit betrifft, den Etat vor dem 1. Januar festzustellen, so halte ich diese Sache nur relativ für wichtig. Wenn wir, was ja sehr leicht möglich gewesen wäre, etwa 14 Tage später einberufen worden wären, so würden Sie diesen Grund gar nicht mehr anführen können. Es giebt ja ein erfahrungsmäßiges Mittel zur Vereinfachung der sich aus dem zu prüfenden Zustandekommen des Etats ergebenden Schwierigkeiten. Die Regierung legt einen vorläufigen Credit bewilligt. — Zum Schluß, meine Herren, welchen Modus der geschäftlichen Behandlung Sie auch einschlagen mögen, bis zum 1. Januar wird diese Arbeit unter keinen Umständen in einer gründlichen und der Landesvertretung würdigen Weise fertig zu machen möglich sein. Eine sorgsame Behandlung des Etats sind Sie dem Lande schuldig und Sie ziehen eine schwere Verantwortlichkeit auf sich, wenn Sie es in diesem Punkte irgendwo fehlen lassen.

Abg. Twesten: Zunächst wird die rechtzeitige Feststellung des diesjährigen Etats immer sein; möglich aber wird sie nur durch die Vorberatung im Hause. Ein überwiegendes Gewicht freilich lege ich hierauf nicht, entscheidend sind für mich andere Gründe. Im vorigen Jahre ist zuerst der Verlauf der Vorberatung im Plenum gemacht worden und ich behaupte, daß dieser Verlauf ein sehr wohlgeleiteter war. Allerdings so viele Detailfragen, so viele Specialitäten sind nicht behandelt und erörtert worden, wie es in der Budgetcommission geschah; aber diese Punkte waren doch von höchst untergeordneter Bedeutung. Es ist nicht nöthig, jedesmal jedes einzelne Detail ganz genau zu prüfen. Die wichtigsten Geschäfte der Commission können eben so gut und besser im Plenum erledigt werden. Denn die meiste Zeit der Commission wird verwendet auf die Verabreichung großer allgemeiner Gesichtspunkte, großer, politischer Principienfragen, und diese werden doch wahrhaftig im Hause selbst weit passender erörtert. Die Vorberatung in der Commission führt außerdem immer die Gefahr mit sich, daß nur eine einzige Verabreichung im Plenum stattfindet, und daß auf diese Weise leicht Beschluß gefaßt werden können, welche dann nicht mehr in einer weiteren Beschlußfassung rectificirt werden können. Das ist gerade der Hauptvortheil der Vorberatung im Hause.

Sehr richtig ist allerdings der Einwand, daß es sich diesmal handle um ein den meisten Mitgliedern des Hauses nicht bekanntes Budget, daß sich die meisten Mitglieder auch nicht den leisesten Begriff darüber machen können, nach welchen Grundsätzen die Aufstellung des Budgets in den neuen Landesstellen erfolgt sei. Aber ich war von vornherein der Meinung, daß wir unter keinen Umständen in die alten Commissionsberatungen zurückfallen dürfen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Beratungen in Folge dessen ungründlicher ausfallen sollten. Die alte bureaukratische Praxis der schriftlichen Commissionsberichte darf nicht wieder eingeführt werden. Bei der Vorberatung werden übrigens gerade die Herren Abgeordneten aus den neuen Landesstellen, welche jetzt in der Budgetcommission nur in geringer Zahl vertreten sind, zu geben, worüber den älteren Mitgliedern die Information fehlt, und wir bedürfen ja dringend ihrer Auskunft. Die Ernennung einzelner Referenten über bestimmte Gruppen des Etats wird unsere Information noch erhöhen. Und schließlich, sobald sich bei irgend einer Frage ergibt, daß die Details nicht klar sind, werden wir nicht zögern, die Sache an die Budgetcommission oder an einzelne Commissionen zu überweisen. Auf diese Weise wird jede Gefahr beseitigt werden. Ich bitte Sie dringend, m. H., beschließen Sie die Vorberatung im Hause.

Abg. Waldeck (für den Antrag v. Hoberbed): Gründlichkeit ist das erste Erforderniß bei der Budgetberatung, namentlich wenn die ganze Zukunft der folgenden Budgets davon abhängt. Ist es denn etwa ein Zufall, daß in unserer Geschäftsordnung für die Budgetcommission ein ganz bestimmtes Regulativ gegeben ist, wie für keine andere Commission? Es ist nicht wahr, daß bei der Vorberatung im Hause das ganze Haus sich auch mit der eigentlichen Verabreichung beschäftigt hat; es haben sich vielmehr privatim im Hause verschiedene Gruppen gebildet, welche die Commission ersetzt haben. Die Ueberweisung an die Commission ist schon nach dem allgemein anerkannten Princip von der Theilung der Arbeit erforderlich. Wo haben wir denn

überhaupt Commissionen gewählt? Damit der technische Theil der Arbeit, der gerade im Budget kein unbedeutender ist, gründlich vorbereitet werde. Es wird dadurch sehr viel Zeit, sehr viel an Gesundheit und Arbeitsfrische der Abgeordneten gespart. Gerade der Umstand, daß wir ein ganz neues Budget mit den wichtigsten neuen politischen und finanziellen Fragen vor uns haben, rechtfertigt den von uns gestellten Antrag noch mehr. Die Ernennung von Commissionen, durch die doch eben selbst die Nothwendigkeit einer gründlichen Verabreichung zugegeben wird, genügt nicht; es ist unmöglich, daß einzelne Mitglieder Alles so gut übersehen können, wie eine Commission von Sachverständigen, zumal eine Commission, die nach dem Prinzip gewählt ist, wie unsere jetzige Budgetcommission, die durch Vereinbarung unter den einzelnen Fractionen gebildet ist und deshalb das allgemeinste Vertrauen besitzt. — Beschließen Sie die Vorberatung, so können Sie dieselbe, da doch den einzelnen Mitgliedern Zeit zu ihrer Orientirung gelassen werden muß, kaum vor 14 Tagen beginnen; die Commission kann bis dahin schon ein gut Stück Arbeit erledigt haben. Wählen Sie wieder die von früher her bekannte tumultuarische Art der Verabreichung, so vermehren Sie die Arbeit der Mitglieder des Hauses ohne Grund und zum Nachtheil der übrigen Arbeiten. Der Vergleich mit den Beratungen des Reichstags ist nicht zutreffend, da das Reichsbudget bedeutend einfacher ist. Ich bitte Sie deshalb, in Ihrem Interesse und im Interesse der Sache nicht den Weg der Ueberfälschung zu wählen. (Beifall links.)

Abg. Graf Schwerin unterstützt den Vorschlag des Präsidenten. Die Gründlichkeit der Verabreichung wird, das hat sich bereits gezeigt, durch die Vorberatung nicht beeinträchtigt, sondern gefördert. Einzelne kleine Specialitäten werden wohl besser in der Commission erledigt, aber große Principienfragen müssen in der Plenarversammlung verhandelt werden. Es ist von Wichtigkeit, daß die Beratungen der Regierung nicht durch den Spiegel der Commission wahrgenommen, sondern von Mund zu Mund gegeben werden. Von einer tumultuarischen Verabreichung im vorigen Jahre habe ich nichts gemerkt, die Verabreichung ging vielmehr mit großer Ruhe und Gründlichkeit vor sich. (Widerpruch links.) Der Hauptgrund für die Vorberatung im Hause ist der, daß die Möglichkeit, vor dem Schluß des Jahres mit dem Budget zu Ende zu kommen, vergrößert wird. Ich meine, daß dies für die Herren, die sonst so strenge auf Innehaltung der Verfassung bedacht sind, maßgebend sein dürfte. Gerade, weil die Etats neu sind, ist es gut, daß die Fragen im Plenum erörtert werden, damit sie so auch mehr zur Kenntniß des ganzen Volkes gelangen.

Finanzminister v. d. Heydt: In Uebereinstimmung mit allem, was der letzte Redner gesprochen, spreche ich den dringenden Wunsch aus, das hohe Haus möge sich für die Vorberatung im Plenum entscheiden. Die Regierung hat den dringenden Wunsch, daß nicht nur die Mitglieder der Budgetcommission, sondern alle Mitglieder des Hauses vollständig informiert werden, und die Regierung ihrerseits wird sich angelegen sein lassen, Alles dazu beizutragen, was möglich ist; die Regierung legt außerdem großen Werth darauf, daß der Etat noch vor Ablauf dieses Jahres publicirt werde. Sie hat sich deshalb angelegen sein lassen, trotz aller Schwierigkeiten den Etat schon in der ersten Sitzung nach der Constituirung des Hauses vorzulegen. Ich bin aber überzeugt, daß auf dem Wege der Budgetcommission die Publication des Staatshaushaltsgesetzes vor Ablauf des Jahres nicht erfolgen können, während ich hoffe, daß dies bei einer Vorberatung im Plenum unbeschadet der Gründlichkeit geschehen wird. Die Verabreichung des vorigen Jahres hat auch überall allseitige Zufriedenheit hervorgerufen, nicht nur in diesem hohen Hause, sondern im ganzen Lande: ich bin überzeugt, daß es auch dem allseitigen Wunsche des Landes entsprechen wird, wenn Sie diesmal wieder den Weg der Vorberatung wählen, den ich Ihnen nochmals dringend empfehle.

Abg. Reichensperger (für den Antrag Hoberbed): Es handelt sich hier um eine wichtige Principienfrage, welche auf die Entwicklung unserer ganzen Repräsentativsystems von Einfluß ist: es handelt sich darum, ob Sie das, was in der Geschäftsordnung wohlwollend nur als Ausnahme bezeichnet worden ist, zur Regel machen wollen. Dies würde ich aber für sehr verwerflich halten. Denn das Budget ist ein höchst complicirtes Werk, dessen eingehende und sachgemäße Erledigung eine sehr schwierige ist, zumal da die vorgängige Erörterung im Plenum durch die bekannten Schlussanträge sehr oft abgeschnitten wird. Es ist nicht richtig, daß bei der letzten Vorberatung der Schwerpunkt im Plenum lag; er lag vielmehr in den Fractionen, indem die Sache — naturgemäß in kleineren Kreisen vorberathen werden mußte, eine Fachcommission aber nicht existirte, in der die Verabreichung ebenfalls noch gründlicher und besser geschehen wäre. Die große Zufriedenheit, die von Seiten der Staatsregierung so häufig mit dieser Art von Verabreichung ausgesprochen worden, sollte uns wohl eher etwas zu Nachdenken anregen, als in derselben bestärken (Beifall links); denn die Budgetverabreichung ist die wirksamste Controle der Staatsregierung, die wir nicht in leichtfertiger Weise vornehmen sollten. — Wenn überhaupt Commissionen zweckmäßig und wünschenswerth sind, so sind sie notwendig bei der schwierigen Materie, dem Budget, und bei dem diesjährigen Budget um so mehr, weil ganz neue, der Majorität des Hauses vollständig unbekannte Verhältnisse dabei zur Erörterung kommen werden.

Abg. v. Hennig: Eine gründliche Behandlung liegt ebenso im Interesse der Abgeordneten als den neuen Landesstellen, damit sie sich in die preussischen Verhältnisse finden lernen, wie es für die Vertreter der alten Provinzen wichtig ist, sich über unsere Verhältnisse zu informieren; eine gründliche Verabreichung der Etats kann aber nur stattfinden auf Grund der Vorschläge des Herrn Präsidenten. Durch Commissionen, welche sich mit der Regierung in Verbindung setzen und durch geeignete Vorberathungen in den Fractionen können alle Fragen hinreichend gründlich erörtert werden. Auch die Commission kann nicht alle Specialfragen selbst behandeln, sondern muß sich in Untercommissionen theilen; aus den Beratungen derselben gehen dann die wichtigsten Punkte hervor, die für die Mitglieder des Hauses allerdings eine vorläufige Information bilden, für das Publikum aber meist ganz verloren gehen. Es wird endlich größtentheils sehr schwierig sein, gegen die von der Commission gestellten Anträge mit Erfolg anzukämpfen; man wird deshalb oft lieber auf eine Discussion verzichten, und die von der Commission begangenen Irrthümer, die das Plenum vermeiden hätte, werden so vom Hause geheilt. Nach den Erklärungen der Regierung, daß eine Vorberatung ihr ebenfalls genehm sei, dürfen wir auch erwarten, daß sie den ernannten Commissionen, ebenso wie es bereits früher geschehen, alle möglichen Aufklärungen geben wird. Ich glaube nicht, daß uns der Antrag deshalb verdächtig werden muß, weil er die Willkür der Regierung findet; gerade bei der Budgetverabreichung ist ein möglichstes gegenseitiges Entgegenkommen notwendig und so lange wir nicht Erfahrungen gemacht haben, die uns von der Nothwendigkeit des Gegentheils überzeugen, wollen wir ein Zusammengehen versuchen. Ich empfehle Ihnen die Vorschläge des Präsidenten.

Abg. Karsten: Für uns Abgeordnete aus den neuen Landesstellen ist es durchaus unmöglich, uns ohne eine Commissionsberatung in die neuen Verhältnisse hineinzufinden. Wenn Sie dieselbe ablehnen, so trauen Sie uns entweder eine zu große Fähigkeit zu, und dies müssen wir ablehnen, oder wir müßten glauben, daß Sie die Beratungen Hals über Kopf zu Ende bringen wollen, und dies trauen wir Ihnen nicht zu. Ich bitte Sie deshalb, aus Billigkeitsgründen gegen uns, die Vorberatung im Hause abzulehnen. Sollten Sie aber dieselbe trotzdem annehmen, so wünsche ich, daß das Präsidium die Regierung zu der Verabreichung veranlasse, daß Sie den Commissionen jede gewünschte Aufklärung ertheilen werde, und daß ferner die Zahl derselben nicht beschränkt werde, weil nur dadurch eine allgemeine Information möglich wird.

Nachdem der Finanzminister jede zur Aufklärung erforderliche Information zugelegt, wird der Antrag v. Hoberbed auf Verweisung an die Budgetcommission abgelehnt — (dafür stimmen die Fortschrittspartei, das Centrum, das linke Centrum, die Schleswig-Holsteiner), und der Vorschlag des Präsidenten auf Vorberatung im Plenum und auf eine ihm zu ertheilende Ermächtigung zur Ernennung von Commissionen, fast einstimmig genehmigt.

Finanzminister v. d. Heydt: Das Indemnitätsgesetz hat der Regierung die Pflicht auferlegt, den Nachweis über die Staatseinnahmen und Ausgaben des vorigen Jahres dem hohen Hause vorzulegen. Ich lege zu dem Zwecke vier Documente, betreffend die laufende und die Restverwaltung für Preußen und die hohenzollernschen Lande nebst Denkschrift vor. Dieselben weisen nach, daß die Einnahmen 167,252,000 Thlr., die Ausgaben 158,070,372 Thlr. betragen, mithin ein Ueberschuß von rund 9 Millionen erzielt wurde, während

die hohenzollernschen Lande einen Zuschuß von etwa 40,000 Gulden erforderten. Die geschäftliche Behandlung der Vorlagen gebe ich dem hohen Hause anheim.

Präsident v. Forderbed erklärt, daß er die Vorberatung des Etats in folgender Gruppen- und Reihenfolge zu leiten beabsichtige: A. Dotationen. 1. Gruppe. 1) Zuschuß zur Rente des Kronfideicommissfonds, 2) öffentliche Schul; ad 1 wird vielleicht ausgelegt werden können, bis die angeforderten Vorlage der Regierung beraten ist. 11. Gruppe. 3) Herren- und 4) Abgeordnetenhaus, für die auch Commissionen ernannt werden. B. Zuschuß-Verwaltungen III. Gruppe. 5) Staatsministerium mit Einschluß 6) des Etats des Gefammungs-Debits-Comptoirs und 7) der Landesverwaltung des Jagdegebietes, da diese beiden Etats jetzt dem Staatsministerium zugeordnet sind. IV. Gruppe. 8) Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. V. Gruppe. 9) Finanzministerium (Centralverwaltung der Wittwenkasse, Appanagen, Passiva der General-Statistik, Matriculardienste, Pensionen, Oberpräsidien, Regierungen, Provinzialsteuer-Direction in Hannover, Rentendanken, allgemeine Fonds). VI. Gruppe. 10) Handelsministerium. Bei jeder Gruppe sollen die Extraordinaria gleich mitgenommen werden.

Die VII. Gruppe wäre das Justizministerium, die VIII. das Ministerium des Innern; die IX. das Ministerium der landwirthschaftlichen Angelegenheiten und die Gesundheitsverwaltung; die X. das Unterrichtsministerium. Sodann würde C. die Ueberschussverwaltung folgen, und zwar des Handelsministeriums, des Berg-, Hütten- und Salinenwesens, der Eisenbahnverwaltung, des Finanzministeriums, der Verwaltung der Domänen, Gefälle und Forsten, der Salzverwaltungsverwaltung und Lotterien, des Seehandlungs-Instituts, der preussischen Bank, der Landesbank in Bielefeld, der kgl. Münze, der Staatsdruckerei; und vom Handelsministerium die Porzellanmanufaktur; endlich der indirecten Steuern, der allgemeinen Rentenverwaltung, der directen Steuern, alsdann der Etat der hohenzollernschen Lande und endlich das Staatsgesetz selbst. Auf diese Weise würden sich 18 oder 19 verschiedene Gruppen herausstellen. Der Präsident setzt voraus, daß die Staatsregierung dem Hause die Commissionen für die einzelnen Etats rechtzeitig bezeichnen wird, damit er davon Mittheilung machen kann.

Für die Verabreichung des Budgets sollen zunächst in der folgenden Woche 2 Sitzungen anberaumt werden, doch sind bis jetzt noch keine Anlagen zum Etat dem Hause zugegangen. Wenn es nach dem Eingange dieser Anlagen möglich sein sollte, so würde in der nächsten Woche der Mittwoch oder Donnerstag zuerst der Vorberatung gemeldet sein. Es würde dann beabsichtigt noch eine zweite Sitzung ebenfalls in der nächsten Woche gehalten werden können, so daß in der nächsten Woche erledigt werden können: Öffentliche Schul, Herrenhaus und Abgeordnetenhaus. Dann würden in der darauf folgenden Woche drei Sitzungen der Budgetvorberatung zu widmen sein, und zwar, wie vorläufig beabsichtigt wird, der Dienstag, Donnerstag und Freitag. Diese Woche reicht dann schon bis zum 7. December. Der Präsident setzt voraus, daß bis dahin die Commissionen Zeit gehabt haben werden, sich durch Rücksprache mit der kgl. Staatsregierung über alle einzelnen Etats vollständig zu informieren und er würde daher die Woche vom 7. December ab fast täglich der Vorberatung des Staatshaushaltsgesetzes widmen.

Abg. Twesten setzt voraus, daß die vom Präsidenten gemachten Bestimmungen noch nicht die definitive Festsetzung der Tagesordnung enthalten sollen. Der Präsident stimmt dem zu.

Abg. v. Hoberbed: Ich halte es für unmöglich, daß die Vorberatung bereits am Mittwoch beginnen kann, da bisher noch nicht einmal die Anlagen zum Budget zur Vertheilung gekommen sind.

Präs. v. Forderbed: Meinen Vorschlägen liegt allerdings die Voraussetzung zu Grunde, daß die Anlagen noch heute sich in unsern Händen befinden werden.

Abg. Kohlen: In dem uns vorliegenden Etat befindet sich eine Audir, welche die für das laufende Jahr festgesetzten Summen enthält. Hierzu gehören auch diejenigen, welche auf Grund königlicher Verordnung für die neuen Landesstellen ausgelegt worden sind, und ich erlaube das Präsidium, diese Staatsdrucken zu lassen, damit sich dieselben bei der Verabreichung in unsern Händen befinden.

Präsident v. Forderbed: Die auf Grund königlicher Verordnungen beruhenden Etats der neuen Provinzen finden sich in der Gefammung, und ich werde Sorge tragen, daß die betreffenden Nummern in genügender Zahl zur Vertheilung kommen.

Das Haus tritt hierauf in den zweiten Theil der Tagesordnung, die geschäftliche Behandlung der Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes vom 28. September 1866, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und Marineverwaltung und die Dotirung des Staatsschatzes, so wie des Gefammungsbudgets, betreffend eine Erweiterung des durch §§ 2 und 3 des Gesetzes vom 28. September 1866 eröffneten Credits.

Der Präsident schlägt vor, dieselbe der Budget-Commission zu überweisen.

Abg. Twesten für Vorberatung im Hause, da alle Gründe, welche vor der hinsichtlich des Budgets geltend gemacht worden, auch hier gelten. Es kommen so wichtige politische und staatsrechtliche Fragen in Betracht, z. B. die Gewährung der den depositierten Forderungen ausgesetzten Summen, daß die Sache vor dem ganzen Lande behandelt werden, mindestens vorher durch einen Beschluß des Hauses die gewünschte Direction erhalten muß.

Abg. Birchow: Nur unter der Voraussetzung, daß später die Sache noch einer Commission überwiefen werde, kann ich mich dem Vorschlage des Vorredners anschließen. Die vorliegenden Zahlen sind so wenig übersichtlich, daß es einer genauen Ermittlung bedarf. Ueberwiefen wir die Angelegenheit nicht einer Commission, so ist es fraglich, ob wir von der Regierung die gewünschten Aufklärungen erhalten, da bei der Verabreichung Fragen ins Spiel kommen können, auf deren Verantwortung dieselbe im Hause nicht eingehen will.

Abg. Waldeck wünscht ebenfalls Ueberweisung an die Commission, während sich der Abgeordnete Graf Schwerin den Ausführungen Twestens anschließt.

Abg. Lasker: Es ist wünschenswerth, daß bei allen wichtigen Anträgen die Hauptfrage zuerst im Hause geklärt werde; im vorliegenden Falle handelt es sich aber noch besonders um Vorfragen, ohne deren Erledigung im Hause eine Commissionsberatung unfruchtbar bleibt.

Abg. v. Hennig beantragt Ueberweisung an die Finanz-Commission. Nachdem sich die Abgeordneten v. Hoberbed und Birchow noch einmal gegen Vorberatung ausgesprochen haben, befragt der Präsident die Ueberweisung an die Budget-Commission. Bei der Abstimmung werden die Anträge Twesten's auf Vorberatung im Hause und v. Hennig's auf Ueberweisung an die Finanz-Commission abgelehnt und die Vorlage ist somit der Budget-Commission zur Verabreichung überwiefen.

Es folgen Wahlprüfungen. Auf Antrag der Wahl der Abgg. v. Braunschweig und v. Bonin (Centum) in den beiden Reichstagskreisen, deren Gültigkeit nicht bestritten wird, wird ein Antrag auf Auflösung von 3 Wahlmännern, wie die Zahlung nach zweifelhafte Abstimmung ergibt, mit 139 gegen 138 Stimmen angenommen.

Bei der Prüfung der Wahlen der Abgg. Wahlmann und Graf Frankenberg stellt Abg. Hennig den Antrag, die Prüfung der Wahlen nochmals an die Commission zurück zu verweisen, um zu untersuchen, ob 15 Wahlmänner gültig gewählt sind.

Abg. Graf v. Eulenburg stellt das Amendement hierzu, die Wahlen der betr. Abgeordneten für gültig zu erklären; da die Ungültigkeit der betreffenden Wahlmänner auf das Resultat der Abgeordnetenwahl keinen Einfluß hat. Nach längerer Debatte wird der Antrag Hennig mit dem Amendement Eulenburg angenommen und hierauf die Sitzung vertagt.

Der Präsident erbittet sich die Ermächtigung, Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung, die voraussichtlich vor Mittwoch nicht stattfinden werde, zu bestimmen. Diese Ermächtigung wird ihm ertheilt.

Schluß 3 1/2 Uhr.

Oesterreich.

Wien, 22. Nov. Vater Feidenreich wurde heute vom hiesigen Kreisgerichte wegen Preßvergehens zu einem Monate strengen Arrest verurtheilt, dem Drucker Slavik eine Geldstrafe von fünfzehn Gulden auferlegt. Zur Urtheilsverkündung fand ein massenhafter Andrang des Publikums statt.

Telegraphische Depeschen

aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Berlin, 24. Nov. Die seit dem 16. October hier tagende Post-Conferenz beendete gestern ihre Sitzungen. Die Postverträge 1) zwischen dem norddeutschen Bund, Baden, Württemberg und Bayern; 2) zwischen diesen Staaten und Oesterreich; 3) zwischen diesen Staaten und Luxemburg, sowie die dazu gehörigen Schlussprotokolle wurden gestern unterzeichnet.

München, 24. Nov. Die bereits anderweitig gemeldete Nachricht, daß München als Conferenzzort in Vorschlag gebracht sei, wird in hiesigen gut unterrichteten Kreisen bestritten.

Nach einem Telegramm der „Süddeutschen Presse“ aus Wien hat der Papst seine Zustimmung zur Bescheidung der Conferenz nur gegeben, nachdem ihm die von der Mehrzahl der katholischen Mächte unterstützte Versicherung gegeben war, die weltliche Herrschaft solle im Principe aufrecht erhalten bleiben. Der Papst soll ferner das Verlangen gestellt haben, daß die Conferenz in Rom zusammentrete.

München, 24. Nov. Als Zeitpunkt des Zusammentritts der auf Grundlage der Stuttgarter Vereinbarungen abzuhaltenden Militär-Conferenz der süddeutschen Staaten wird der 2. Dezember bezeichnet. Dem Vernehmen nach wird der Chef des Generalstabes, Generalmajor Graf Bothmer, zum lebenslänglichen Mitgliede der Reichsrathskammer ernannt werden.

Florenz, 23. Nov. Der „Economist“ meldet, daß der Finanzminister dem Parlament mehrere Gesetzentwürfe zur Beilegung der finanziellen Verlegenheiten Italiens vorlegen wird. Die Regierung wird constatiren, daß sie auf die Annahme der Gesetze warte, als dem einzigen möglichen Ausweg aus dem finanziellen Nothstande, rechnen müsse. — General Lamarmora hat mit den Ministern Menabrea und Gualterio mehrere längere Unterredungen gehabt. Italienische Rente 50, 85.

Florenz, 24. Nov. Heute wurden in Orbassano ungefähr 1000 gefangene Garibaldianer von den römischen Behörden den italienischen übergeben.

Das Journal „Nazione“ dementirt die von mehreren Zeitungen gebrachte Nachricht, der Finanzminister beabsichtige eine neue Anleihe abzuschließen. Der Finanzminister, sagt das Blatt hinzu, sei bereit, dem Hause Rothschild die Fonds zur Zahlung der Rentencoupons in Gold zu überweisen.

Florenz, 24. November. Briefe aus Rom melden, daß die Thronrede der Königin von England auf die dortigen Regierungskreise einen sehr ablehnenden Eindruck gemacht hat. Der Papst ist angeblich erkrankt.

Florenz, 24. Nov. Abends. Es heißt, Garibaldi sei schwer erkrankt. Seine Söhne sind mit drei berühmten Ärzten unterwegs nach Varenano. Die Abendzeitungen dementiren übereinstimmend die Anleihegerüchte.

Rom, 23. November. Die französischen Truppen haben die Concentration auf Civitavecchia begonnen.

Paris, 23. November. Das heute ausgegebene Gelbbuch enthält 90 Documente über die italienische Angelegenheit. Das erste ist vom 19. Februar 1867 datirt. In einer großen Zahl dieser Schriftstücke werden die revolutionären Umtriebe gegen den Kirchenstaat signalisirt, andere berichten von Unterhaltungen zwischen Baron Malmat und Rattazzi. Der Letztere habe in denselben den festen Entschluß ausgesprochen, die Pläne Garibaldi's zu vereiteln. Baron Malmat habe erklärt, Frankreich sei fest entschlossen, durch eigenes Eingreifen der Septemberconvention Achtung zu verschaffen. — Eine Depesche von Moustier's vom 27. Juli drückt die Ueberraschung und die Beunruhigung der französischen Regierung über die Sorglosigkeit aus, welche Rattazzi gegenüber den Projecten Garibaldi's bezeige. — In einer Depesche vom 5. October meldet Malmat, Rattazzi zeige große Besorgnis, und befürchte die Situation nicht mehr Herr zu sein, fahre jedoch fort, dieselben Versicherungen zu ertheilen.

In einer neuen Depesche vom 18. October theilt Moustier dem kaiserlichen Gesandten in Florenz mit, er habe Nigra davon in Kenntniß gesetzt, daß Frankreich den Papst schützen werde, falls das Cabinet von Florenz sich ohnmächtig erweise, diesen Schutz auszuüben. Nigra hat darauf auf die Unzulänglichkeiten einer französischen Intervention hingewiesen und erklärt, Italien acceptire einen Congress der Mächte, um die römische Frage endgültig zu lösen. — Eine Depesche der päpstlichen Regierung vom 8. d. M. meldet, daß man gegen die bei dem Aufstande Compromittirten mit Milde verfahren werde.

In Betreff der orientalischen Angelegenheit liegen mehrere Noten vor, in welchen die französische Regierung darauf besteht, daß die türkische Regierung materielle Reformen eintreten lasse. Die letzte Depesche des französischen Botschafters in Konstantinopel d. d. 6. d. M. constatirt, daß die lebhafteste Aufregung, welche die gemeinsame Declaration der Mächte, betreffend die kretensische Frage, bei den Ministern des Sultans hervorgerufen habe, anfangs sich zu beruhigen. Die Minister, heißt es in dem Actenstück, scheinen einzustehen, daß unter Verlangen eine nothwendige Folge der vorangegangenen Ereignisse war, und daß die Weigerung, welche die türkische Regierung uns entgegensetzte, uns zwang, jede weitere Verantwortlichkeit abzulehnen. Die Worte weisen, daß wir keineswegs die Absicht haben, die Schwierigkeiten ihrer Situation zu vermehren. Die Note erwähnt schließlich, daß die Worte augenblicklich mit Reformen auf dem Gebiete der Rechtspflege, der Verwaltung und des öffentlichen Unterrichts beschäftigt ist.

Paris, 23. Nov. Der „Courrier français“ darf nicht mehr auf der Straße verlaßt werden.

Es wird noch immer vielfach behauptet, daß Prinz Napoleon sich an der im Senate stattfindenden Debatte über die römische Fragen betheiligen werde.

Paris, 23. Nov. Der „Etendard“ meldet: Die italienische Regierung hat ihre positive Zustimmung zu dem Conferenzproject ausgesprochen. Ueber die bestimmende Haltung des römischen Hofes in dieser Angelegenheit war man in Florenz bereits unterrichtet. Die Conferenz erscheint jetzt als sicher und es ist nicht zweifelhaft, daß dieselbe in Paris zusammentreten wird. „Etendard“ findet in der ebenfalls gesicherten Annahme der Conferenz seitens der päpstlichen Regierung einen Act der Courtoisie und Dankbarkeit gegenüber Frankreich und gleichzeitig einen erheblichen Erfolg der französischen Politik. — Derselben Blatte zufolge hat der Kriegsminister bereits die Listen der Wehrpflichtigen aufstellen lassen, obwohl das Contingent pro 1867 von den Kammern noch nicht bewilligt worden ist. — Wie die „Patrie“ meldet, haben Bayern und Württemberg ihre Zustimmung zur Conferenz erklärt. Dasselbe Blatt dementirt die Nachricht, daß der amerikanische Gesandte in Paris, General Dix, die Betheiligung der Vereinigten Staaten an der Conferenz verlangt habe.

Toulon, 24. November. Die gesammte Transportflotte geht morgen nach Civitavecchia ab, um eine Division des römischen Expeditionscorps nach Frankreich zurückzubringen.

London, 24. Nov. Anlässlich der Hinrichtung der Fenier fand heute eine Demonstration statt. Ein Zug von mehreren Tausenden, mit Trauerfahnen und Trauermusik, bewegte sich durch die Stadt nach dem Hyde Park, woselbst heftige Reden gehalten wurden. Die Ordnung wurde nicht gestört.

London, 23. Nov. Wie telegraphisch aus Manchester, Liverpool und Dublin gemeldet wird, hat die Hinrichtung der drei Fenier an keinem dieser Orte Anlaß zu Unruhen gegeben. — Aus Birmingham wird gemeldet, daß die Schlägereien zwischen englischen und irischen Arbeitern fortbauern.

Brüssel, 23. Nov. Der König hat von Wien den Entwurf eines Vertrages, betreffend die Regelung der Nachlassenschaft des Kaisers Maximilian, erhalten. Man glaubt, daß dieser Entwurf, welcher die bisherigen Differenzen in dieser Frage beseitigt, die Genehmigung des Königs erhalten wird.

Petersburg, 24. Nov. Ein Ukas verfügt die Rekrutenaushebung zur gewöhnlichen Completion der Armee und der Flotte vom 15. Jan. bis 15. Febr. mit 4 pro Mille der dienstpflichtigen Mannschaften.

Petersburg, 23. Nov. In Folge eines Conflictes mit einem in türkische Dienste getretenen, ehemals polnischen Offizier, hatte der russische

Consul in Adrianopel seine Flagge eingezogen. Der Consul hat darauf die verlangte Genugthuung erhalten.

Petersburg, 24. Nov. Das Eisenbahn-Comité verhandelte am 22. d. über die Concessionverteilung zum Weiterbau der Eisenbahnlinie Pol-Jahlot nach Brjesc-Litewsk an preussische Entrepreneurs auf deren eigenes Risiko und ohne Staatsgarantie. Wie berichtet wird, dürfte die Erledigung der Angelegenheit zu Gunsten des Entrepreneurs Dr. Stroussberg erfolgen.

Petersburg, 23. Nov. Eine große Anzahl Manufacturisten hat an den Finanzminister eine Petition gerichtet, in welcher um Berücksichtigung der Einführung des neuen Zolltarifes bis zum 1. Januar 1869 gebeten wird, weil schon die Nachricht, daß eine Tarifreform bevorstehe, Unordnung in die Verhältnisse des Marktes von Nischneinowgorod gebracht habe.

Wien, 24. Nov. Das „Tagblatt“ veröffentlicht eine Privatnachricht aus Konstantinopel, wonach die Gesundheit des Sultans wieder hergestellt ist und zur Zeit eine Ministercrisis besteht. Die Reformpartei hat Aussicht an das Auser zu gelangen, doch ärgert der Sultan noch, das Programm derselben anzunehmen, welches in Bezug auf Creta die Ausführung der Rathschläge der Mächte und die Zulassung einer internationalen Commission fordert. (T. B. f. N.)

London, 22. Nov. Der englische Consul in Kairo telegraphirt, daß zufolge eingegangener sicherer Nachrichten der afrikanische Reisende Livingston vor sieben Monaten in Maruga auf einer Reise nach dem Osten begriffen war und den See Langawaka passirt hatte. M. Churchill läßt weitere Erkundigungen einziehen. (T. B. f. N.)

Manchester, 23. November. Während der heute Morgen stattgehabten Hinrichtung der Fenier hatte sich verhältnismäßig wenig Volk versammelt, und der Nebel war so stark, daß man selbst in kurzer Entfernung das Schloß nicht sehen konnte. Von den Beurtheilten zeigten Allen und Goud Festigkeit und Stärke, während Larking ohnmächtig wurde und auf das Schloß geführt werden mußte. Goud drehte sich um und umarmte Allen. Allen war auf der Stelle todt, während bei den Anderen der Todeskampf ziemlich lange währte. (T. B. f. N.)

* Breslau, 25. Nov. [Die Petition an das Abgeordnetenhaus,] betreffend die Redefreiheit der Abgeordneten, ist mit 425 Unterschriften versehen gestern nach Berlin abgegangen, nachdem sie während des Sonntags und des Sonntag-Vormittags zur Unterschrift ausgelegt hat. Personen aus allen Ständen und aus allen Parteien haben dieselbe unterzeichnet.

** [Feuer.] Vor gestern Abend gegen 6 Uhr fand in dem Hause am Waldchen Nr. 18 ein Schornsteinbrand statt, der indessen bald von der Obergewerkmache beseitigt wurde, so daß die ebenfalls alarmirte Hauptfeuerwache nicht erst in Thätigkeit trat. Letztere wurde um 6 1/2 Uhr wiederum alarmirt, fand aber auch die Gefahr bereits beseitigt, da in dem Hause Klosterstraße Nr. 1c nur ein Gardinenbrand stattgefunden hatte. — Dagegen brach in der 11. Stunde in einer Neue Kirchstraße Nr. 10b im Seitengebäude deselben Fischerwerkstätte Feuer aus, welches bei Eintreffen der Feuerwehr einen nicht unbedeutenden Umfang erreicht hatte, da außer den aufgestellten Bohlen, Bretter und Spähne auch Schaal- und Einschnitende in vollen Flammen standen und gelang es nach mehrstündiger Thätigkeit die Gefahr zu unterdrücken.

Breslau, 25. Nov. [Wasserstand.] D. P. 15 F. — 3. U. P. 1 F. — 3. Gistand.

Telegraphische Courie und Börsen Nachrichten.

(Wolff's Telegraph. Bureau.)

Paris, 23. November, Nachmittags 3 Uhr. Fest und belebt. Schluss-Course: 5proc. Rente 68, 47 1/2 — 68, 70. Italien. 5proc. Rente 45, 85. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Aktien 503, 75. Credit-Mobil-Aktien 168, 75. Lombard. Eisenbahn-Aktien 341, 25. Oesterreich. Anleihe von 1865 pr. cpt. 333, 75. 6% Vereinigte Staats-Anleihe pr. 1882 (ungef.) 80.

London, 23. Nov. Nachm. 4 Uhr. Aus der Bank sind nach Egypten 20,000 Pfd. St. gegangen. — Schluss-Course: Consols 93 1/2. 5proc. Spanier 33 1/2. Italien. 5proc. Rente 45 1/2. Lombard 13 1/2. Mexicaner 14 1/2. 5% Russen 85 1/2. Neue Russen 84 1/2. Silber 60 1/2. Türkische Anl. von 1865 32 1/2. 6% Ver.-St.-Anl. pro 1882 70 1/2.

London, 24. Nov. Vorm. Vider Nebel. Aus New-York vom 23. d. Abends wird per atlant. Kabel gemeldet: Wechselkurs auf London in Gold 109 1/2, Goldagio 40 1/2, Bonds 108, Illinois 130, Eriebahn 71, Baumwolle 17 1/2, raffinirtes Petroleum in Philadelphia, Type weiß, 25.

Frankfurt a. M., 23. November, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Fest aber rubig. — Schluss-Course: Wiener Wechsel 97 1/2. Oesterreich. 5% Anleihe von 1859 60 1/2. Oesterreichische National-Anleihe 53 1/2. 5% Metalliques —. Oesterr. 5% steuerf. Anleihe 48 1/2. 4 1/2% Metalliques 40 1/2. Finnländische Anleihe —. Neue Finnländische 4 1/2% Pfandbriefe —. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 75 1/2. Oesterreich. Pfandbriefe 66 1/2. Oesterreich. Credit-Aktien 175. Darmstädter Bank-Aktien 198 1/2. Rhein-Nachb. —. Meiningen Credit-Aktien —. Oesterr.-Franz. Staatsbahn 233 1/2. Oesterreich. Eisenbahn 112. Böhmische Westbahn —. Ludwigsb. —. Verbad 150 1/2. Hessische Ludwigsbahn 126 1/2. Darmstädter Zettelbank 243 1/2. Kurhessische Loos 55 1/2. Bayerische Bräunnen-Anleihe 98 1/2. Neue Badische Bräunnen-Anl. 95. Badische Loos 51 1/2. 1854er Loos 60 1/2. 1860er Loos 69 1/2. 1864er Loos 76 1/2.

Frankfurt a. M., 23. November, Abends. [Effecten-Societät.] Beschränktes Geschäft, jedoch feste Haltung. Credit-Aktien 175, 1860er Loos 69 1/2, 1864er Loos 76 1/2, steuerfreie Anleihe 48 1/2, Staatsbahn 234, Amerikaner 75 1/2.

Frankfurt a. M., 24. Nov., Mittags. [Effecten-Societät.] Fest, rubig. Oesterr. 5proc. steuerf. Anl. 48 1/2. Amerikaner 75 1/2. Credit-Aktien 175. Staatsbahn 234. 1860er Loos 69 1/2.

Wien, 23. Nov. [Schluss-Course.] 5proc. Metall. 56, 80. National-Anleihe 66, 30. 1860er Loos 83, 40. 1861er Loos 77, 75. Credit-Aktien 181, 30. Nordbahn 169, 75. Galizier 207, 00. Böhm. Westbahn 139, 25. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 239, 40. Lombard. Eisenbahn 166, 50. London 122, 50. Paris 48, 55. Hamburg 90, 25. Kassenscheine 180, 00. Napoleons-d'or 9, 78 1/2. Geschäftstlos.

Wien, 23. November. [Abendbörse.] Credit-Aktien 181, 50. Nordbahn 170, 00. 1860er Loos 83, 40. 1864er Loos 77, 60. Staatsbahn 239, 60. Galizier 206, 80. Steuerfreie Anleihe —. Napoleons-d'or 9, 78. Lombard —. Ungar. Credit-Aktien —. Wenig Geschäft.

Wien, 24. Nov., Mittags. [Privatverkehr.] Credit-Aktien 181, 70. 1860er Loos 83, 45. 1864er Loos 78, —. Staatsbahn 241, —. Lombard. Eisenbahn 166, 50. Napoleons-d'or 9, 77 1/2. Schluss matt. Franz-Josephs-Bahn zu 141 gehandelt.

Hamburg, 23. November, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Anfangs weniger Kauflust. Oesterr.-französischer Staatsbahn 490. Italien. Rente 43 1/2. Lombard 338 1/2. — Schluss-Course: Hamburg Staats-Prämien-Anleihe 85. National-Anleihe 54 1/2. Oesterreich. Credit-Aktien 74. Oesterreich. 1860er Loos 68 1/2. Mexicaner —. Vereinsbank 110 1/2. Norddeutsche Bank 118. Rheinische Bank 116 1/2. Nordbahn 95 1/2. Altona-Kiel 127 1/2. Finnland. Anleihe —. 1864er Russ. Bräunnen-Anleihe 95 1/2. 1866er Russ. Bräunnen-Anleihe 90. 6proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 69 1/2. Disconto 2 1/2 %.

Hamburg, 23. Nov. Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Locogetreide ohne alle Kauflust. Weizen loco niedriger angeboten, per Nov. 5400 Pfd. 174 1/2. Vantobaler Br., 174 Gld., per Novbr.-Debr. 172 1/2 Br., 172 Gld. Roggen pr. November 5000 Pfd. Brutto 136 Br., 135 1/2 Gld., pr. November-Dezember 134 Br., 133 1/2 Gld. Hafer flau. Rübsl loco 23 1/2, pr. Mai 24 1/2. Spiritus geschäftlos. Kaffee bessere Tendenz. Zint geschäftlos.

Liverpool, 23. November, Mittags. Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz. Unterwärts. New-Orleans 8 1/2. Georgia 8 1/2. Fair Dhollera 6 1/2. Middling fair Dhollera 6 1/2. Good middling Dhollera 6. Bengal 5. Good fair Bengal 5 1/2. Fine Bengal —. New fair Domra 6 1/2. Fair Domra —. Good fair Domra 6 1/2. Pernam 8 1/2. Egyptian —. Smyrna 6 1/2.

Antwerpen, 23. Nov., Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlussbericht.) Fest. Gute Nachfrage. Raffin. Type weiß, loco 46 — 47 bez., 47 Br., pr. Novbr. 46 bez. und gefordert, pr. Debr. 45 1/2 bez.

Paris, 23. Nov., Nachmitt. Rübsl pr. Novbr. 93, 50, pr. Novbr.-Dezember 94, 00, pr. Januar-April 94, 00. Mehl pr. November 90, 75, pr. Novbr.-Debr. 91, 50. Spiritus pr. Novbr. 61, 00.

Berlin, 24. Nov. [Course aus dem heutigen Privatverkehr.] Fest, ohne viel Geschäft. Wir notiren: Oesterreich. Credit-Aktien 75 1/2 bez., 1860er Loos 69 1/2 bez., Lombard 92 1/2, pr. ult. Debr. 92 bez., Franzosen

133 1/2 — 1/2 — 1/2 bez., kurz Wien 83 1/2 bez., lang 82 1/2 bez., Italiener 44 1/2, pr. ult. Debr. 44, ult. Novbr. 44 1/2 bez., Amerikaner 76 bez., pr. ult. Nov. 75 1/2 bez., Oesterr. 77 1/2 bez., Nordbahn 96 1/2 bez.

[Breslauer Börse vom 25. Novbr.] Schluss-Course (1 Uhr Nachm.) Russisch. Papiergeld 84 1/2 bez. Oesterr. Pfandbriefe 83 1/2 — 1/2 bez. Schles. Pfandbriefe 91 1/2 bez. u. Br. Schles. Pfandbriefe 84 Br. Oesterr. Nat.-Anl. 55 Gd. Freiburger 124 1/2 bez. u. Br. Neisse-Brieger —. Oesterr. Litt. A. und C. 197 1/2 — 1/2 bez. Wilhelmsbahn 74 1/2 — 1/2 bez. u. Br. Oppeln-Larnowitzer 71 Gd. Oesterr. Credit-Aktien 75 1/2 Gd. Schlesischer Bank-Verein 113 1/2 Gd. 1860er Loos —. Amerikaner 76 bez. u. Br. Warschau-Wiener 62 bez. u. Gd. Rinerba 29 1/2 — 1/2 bez. Bayer. Anleihe —. Italiener 44 1/2 Br.

Breslau, 25. Nov. Preise der Cerealien. Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergrößen. fein mittel ordin. fein mittel ordin.

Weizen, weißer 114 — 117 111 105 — 109 Gerste 64 — 66 61 56 — 58 do. gelber, 113 — 115 111 105 — 109 Hafer, 38 37 35 — 36 Roggen 88 87 85 — 86 Erbsen 81 — 83 80 76 — 78 Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rübsen.

Raps 202 192 188 Wintererbsen 192 182 172 Sommererbsen 176 166 156 Dotter 174 164 154 pr. 150 Pfd. Brutto in Sgr.

Loco (Kartoffel-) Spiritus pr. 100 Qrt. bei 80% Tralles 19% Br., 19 1/2 Gd.

Officiell gekündigt: — Etr. Weizen, 2000 Str. Roggen. — Etr. Hafer. — Etr. Leintuchen. — Etr. Rübsl. — Etr. Leinöl. — Qrt. Spiritus.

Berliner Börse vom 23. November 1867.

Fonds- und Geld-Course.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Dividende pro 1863 1866.

Aachen-Mastich.

Amsterd.-Rott.

Berg-Märkische.

Berlin-Anhalt.

Berlin-Görlitz.

ditto St.-Prior.

Berlin-Hamburg.

Berl.-Potsd.-Mgd.

Berlin-Stettin.

Böhm.-Westb.

Breslau-Nordb.

Ost.-Minden.

Oest.-Oderberg.

ditto St.-Prior.

ditto ditto.

Gall.-Ludwigsb.

Ludwigsb.-Berg.

Magd.-Halbort.

Magd.-Leipzig.

Mains-Ludwigsb.

Mecklenburg.

Neisse-Brieger.

Niedersch.-Märk.

Niedersch.-Zwgb.

Nordb.-Fr.-Wilh.

Oberb.-A.

ditto B.

ditto C.

Oest.-Fr. St.-B.

Oest.-südl.-B.

Oppeln-Tarnow.

R. Oderst.-St.-A.

R. Oderst.-St.-P.

Rheinische.

ditto Stamm-P.

Rhein-Nachb.

Stargard-Posen.

Thüringer.

Warschau-Wien.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.

Braunschw. B.

Bromer Bank.

Danziger Bank.

Darmst. Zettelb.

Geraer Bank.

Gothaer.

Hannoversche B.

Hamb. Nordb.

Verelins B.

Königsberger B.

Luxemburger B.

Magdeburger B.

Posener Bank.

Preuss. Bank-A.

Thüringer Bank.

Weimar.

Berl. Hand.-Ges.

Coburg Credit-A.

Darmstädter.

Dessauer.

Disc. Com.-Anst.

Genfer Credit-A.

Leipziger.

Meininger.

Moldauer Lda.-B.

Oesterr. Credit-A.

Schl. Bank-Ver.

Inerva.

Fbr. v. Eisenb.

Wechsel-Course.

Augusta 100 Fl.

Leipzig 100 Thlr.

ditto ditto.

Frankfurt a. M. 100 Fl.

Petersburg 100 R.-R.

ditto ditto.

Warschau 90 R.-R.

Bremen 100 Thlr. Golds.

Berlin, 23. November. Weizen loco 88 — 106 Thlr. nach Qualität. — Roggen loco 77 — 80 Pfd. 75 — 77 Thlr. ab Bahn bez. — Rübsl loco 10 1/2 Thlr. bez. — Spiritus loco ohne Zak 20 Thlr. bez., pro Novbr., Nov.-Debr. und Dez.-Jan. 20 — 1/2 — 1/2 Thlr. bez., April-Mai 21 — 1/2 — 1/2 Thlr. bez., Juni-Juli 21 1/2 — 1/2 Thlr. bez. und Br., 21 1/2 Thlr. Gld.

* Breslau, 25. November. Am heutigen Markte waren die beschränkten Zufuhren Veranlassung der höheren Forderungen, die nur schwacher Nachfrage begegneten.

Weizen wenig gefragt, pr. 84 Pfund schlechter weißer 105 bis 117 Sgr., gefelter 104 — 115 Sgr., feinste Sorte 2 — 3 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen in fester Haltung, pr. 84 Pfd. 85 — 88 Sgr., feinste Sorte 89 Sgr. bezahlt. — Gerste flau, pr. 74 Pfd. gelbe 56 — 58 Sgr., helle 60 — 62 Sgr., weiße 64 — 66 Sgr., feinste Sorte über Notiz bez. — Hafer preishaltend, pr. 50 Pfd. 35 — 37 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Erbsen ohne Frage. — Weizen ohne Zufuhr, pr. 90 Pfund 56 bis 60 Sgr. — Delaaten mehr angeboten. — Lupinen in fester Haltung, pr. 90 Pfund gelbe 46 — 50 Sgr., blaue 43 — 47 Sgr. — Bohnen schwach beachtet, pr. 90 Pfd. 65 — 100 Sgr. — Schlaglein ruhiger. — Rapsstuden gefragt, 62 bis 65 Sgr. pr. Ctr.

Gestern wurde meine geliebte Frau Mathilde von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden.

Breslau, den 25. November 1867.

[5771]

Wilhelm Durra.

Buchwald & Georgi,

Photographisches Atelier,

2! Ohlauer- Stadtgraben 2!

zwischen Bahnhof- und Bismarckstraße,

empfehlen sich bestens.

[4157]

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.

Druck von Graf, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.